

Improvisation, Findigkeit, Beziehungen

DAS KONSUMVERHALTEN DER EHEMALIGEN DDR-BÜRGER

Es gilt das gesprochene Wort!

„Jeden zweiten Montag gab es Papiertaschentücher in der großen Drogerie in der Allee. Papiertaschentücher gehörten zu den Waren, die nie in einem Laden vorrätig waren und von denen trotzdem jeder genug zu Hause hatte. Und so ging ich jeden zweiten Montag in die nach Seife und billigem Parfüm riechende Drogerie und kaufte die erlaubte Höchstmenge von zwei großen Paketen Taschentüchern. Die kamen in unseren großen Wäscheschrank, wo schon eine ganze Menge dieser Pakete lagerte. Aber das machte nichts, denn Papiertaschentücher konnte man immer gegen andere Waren eintauschen.

Am Dienstag gab es Gemüse. [...] Am Donnerstag gab es Fleisch [...]. In einem Geschäft „Kunde“ zu sein, war eine besondere Auszeichnung. Es war wie ein Titel, der einem verliehen wurde und um dessen Erhaltung wir stets besorgt sein mussten. Wenn wir fortan zum Fleischer [...] gingen, stellten wir uns wie alle anderen an. Aber wenn wir an der Reihe waren, brauchten wir kein Wort zu sagen. Wir erhielten wortlos ein Paket aus rosa Packpapier, auf dem schon ein Preis stand. Wir bezahlten ohne weitere Nachfrage [...] Erst zu Hause öffneten wir das Packpapier und sagen gespannt nach, was es in dieser Woche für Delikatessen zu essen geben würde. Manchmal bekamen wir Rouladen, manchmal Rindergulasch.

Am Freitag gingen wir in die Kaufhalle. [...] Wenn wir sahen, dass ein bestimmtes Produkt bei jedem im Einkaufswagen lag, dann nahmen wir das auch mit, egal ob es Kern-

seife oder Milchpulver war, es würde schon seinen Grund haben.“

Diese Beschreibung des Berliner Einkaufsalltags aus den achtziger Jahren ließe sich durch eine lange Liste von Mangelwaren fortsetzen: Mal gab es keinen Zucker und mal kein Toilettenpapier. Mal fehlte es an Fleisch mal an Gemüse und Obst. Auf hochwertige technische Konsumgüter wie halb- oder vollautomatische Waschmaschinen, Farbfernseher oder Möbel musste man oft jahrelang warten und dafür von Geschäft zu Geschäft zu rennen – immer in der Hoffnung, doch einmal zufällig da zu sein, wenn sie verkauft wurden. Dass man auf ein Auto 15 Jahre und ein Telefon 20 Jahre warten musste, galt längst als unabänderbar. Es sei denn, man verfügte über eine Tante mit dem „richtigen Wohnsitz“, die mit dem richtigen Geld – der D-Mark – helfen konnte.

Versorgungsprobleme prägten den Alltag in der DDR Zeit ihres Bestehens. Dabei spielten die überall und ständig sichtbare Schlangen vor Läden und Kaufhallen eine große Rolle, da die Menschen dort viel freie Zeit mit der – oft vergeblichen und ob ihrer Erfolglosigkeit frustrierenden – Suche nach zufällig irgendwo im Angebot befindlichen „Mangelwaren“ verbrachten. Mangel hieß dabei nicht, von den ersten Nachkriegsjahren einmal abgesehen, Hunger. Vielmehr schaffte es die staatlich gelenkte Wirtschaft der DDR zu keinem Zeitpunkt, die im Laufe der Jahrzehnte wachsenden und sich verändernden Wünsche der Bürger zu befriedigen. Das Angebot in den Läden blieb von nicht selten unverkäuflichen Überproduktionen auf der einen Seite und Mangelwaren

20. Januar 2009

www.kas.de

www.kas.de/dresden

auf der anderen Seite bestimmt: „Wenn Du die Zeitung aufschlägst, wirst Du doch belogen. Heute steht: ‚400.000 Trockenrasierer für die Bevölkerung.‘ Ich brauche keinen Trockenrasierer. Ich brauch was anderes.“

Ging es in den fünfziger Jahren noch darum, die flächendeckende und kontinuierliche Versorgung mit den „Waren des täglichen Bedarfs“ zu sichern, verlagerten sich die Versorgungsprobleme später. Ende der fünfziger Jahre waren die letzten Rationierungen für Milch, Butter und Fleisch aufgehoben worden. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Versorgung gesichert war. Zwar war das Angebot mit Grundnahrungsmitteln wie Brot, Milch, Butter und einfachen Käse- und Wurstsorten in den sechziger Jahren weitgehend stabil, aber darüber hinaus zeigten sich schon bei hochwertigen Käsesorten, Schinken oder Fleischwaren insbesondere Rindfleisch häufig Probleme. Mal fehlten Eier und mal Hühner, mal gab es kein Toilettenpapier, mal keine Zwiebeln, mal keinen Kaffee. Mangelwaren waren oft nur als „Bückware“ erhältlich. Der Begriff stand für alle gefragten und knappen Güter, die von den Verkäuferinnen häufig unter dem Ladentisch für „gute Kunden“ vorgehalten wurden, die diese Gunst nicht selten durch vielfältige Gegenleistungen verdienten. Bei Obst und Gemüse sah es nicht anders aus. Das gab es – mit Ausnahme von Kartoffeln, Kohl und Äpfeln - selbst in den Jahreszeiten, in denen es geerntet wurde, nur selten zu kaufen. Zum Inbegriff für all das, was die Bürger gern kaufen wollten und meist vergeblich suchten, wurde der Wunsch vieler DDR-Bürger nach Südfrüchten und insbesondere Bananen.

Nicht besser war die Lage bei technischen Gütern: Bis zum Ende der sechziger Jahre gehörten in etwa 70% der DDR-Haushalte einfache Waschmaschinen, Kühlschränke und Staubsauger zu den üblichen Haushaltsgeräten. Ende der achtziger Jahre gehörten diese Geräte zur normalen Ausstattung eines DDR-Haushalts. Sie waren in der Regel jedoch nicht auf dem inzwischen in Westeuropa erreichten technischen und optischen Stand, sondern waren auf dem Entwicklungsstand der sechziger Jahre verblieben. Aber inzwischen waren die Ansprüche

der Menschen gestiegen: Diese wollten längst die weiterentwickelten modernen Varianten dieser Maschinen erwerben, die ihnen einerseits aus der Produktwerbung in der DDR sowie andererseits aus dem Westfernsehen durchaus vertraut waren. Gefrierschränke, Farbfernseher oder Waschautomaten mit integrierter Schleuder gab es jedoch nur mit langen Wartezeiten oder Beziehungen. Und so war es auf vielen Gebieten: Moderne, technisch weiter entwickelte Geräte und Maschinen waren und blieben ebenso wie modische und hochwertige Kleidung Mangelwaren. Die Bürger empfanden die Versorgungslage in den achtziger Jahren schließlich als so schlecht wie seit den fünfziger Jahren nicht mehr - „noch nie bereitete der Einkauf soviel Verdruss und Mühe wie in jüngster Zeit“. Eine zeitgenössische westliche Analyse kam zu dem Ergebnis, dass „[...] sich die Versorgungslage der Bevölkerung nicht geändert [hat]. Die altbekannten Lücken bestehen fort. Waren des gehobenen Bedarfs sind nur zu extrem überhöhten Preisen erhältlich, weil die Finanzierung des Grundbedarfs über hohe „Besteuerung“ anderer Konsumgüter abgesichert werden muß. In einigen Bereichen, z.B. in der medizinischen Versorgung (lange Wartezeiten etc.) hat sich die Lage sogar verschlechtert.“

Unter der Bevölkerung riefen nicht nur die fehlenden Waren Unmut hervor; ebenso sorgten die offensichtlichen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Waren für Ärger. Diejenigen, die über „Beziehungen“ verfügten, konnten sich leichter begehrte Waren verschaffen, als die ohne. Sondergeschäfte für bestimmte Berufsgruppen und besonders Funktionäre der Partei sowie die Gerüchte über das dort angebotene Warensortiment schürten den Unmut. Besonderen Ärger erregte jedoch der Umstand, dass für D-Mark in der DDR alles zu haben war. Wer über „blaue Kacheln“ – die Chiffre für Westgeld - verfügte, der musste sich mit den Unzulänglichkeiten des sozialistischen Alltags nicht abgeben. Die Einführung von Exquisit- und Delikatläden sowie der Ausbau von Intershop und Genex, von denen die Menschen annahmen, dass dort dem eigentlichen Angebot entzogene Mangelwaren entweder zu überteuerten DDR-Preisen oder

20. Januar 2009

www.kas.de

www.kas.de/dresden

aber für Westmark zu haben waren, trugen zur schlechten Stimmung ebenso bei. Der Slogan „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“ wurde abgewandelt in: „Jedem nach dem Wohnsitz seiner Tante“. Bezeichnend ist, dass zu Beginn der achtziger Jahre wieder gefordert wurde, Bezugsscheine einzuführen, um eine gerechtere Versorgung mit den nur unzureichend vorhandenen Waren zu gewährleisten.

Täglich mit den Versorgungslücken konfrontiert, hatten die Menschen ihr Einkaufsverhalten dem unbefriedigenden Angebot angepasst. Mit seismographischer Genauigkeit registrierten sie jede noch so kleine Unregelmäßigkeit im Angebot. Kursierten Gerüchte über bevorstehende Preiserhöhungen oder Engpässe, wurden „Hamsterkäufe“ getätigt, d.h., verstärkt auf Vorrat gekauft. Da man sich nie darauf verlassen konnte, dass das, was es über viele Wochen gab, auch weiterhin geben würde – oder dass etwas, das es nach einer längeren Zeit der Abwesenheit in den Geschäften gab, nun auch wieder regelmäßig zu kaufen sein würde, kaufte man, sobald es etwas gab, unabhängig davon, ob man es brauchte. Wohl wissend, dass man es möglicherweise dann, wenn man es brauchen konnte, nicht mehr würde kaufen können und es unendliche Mühe bereiten würde, es sich zu „besorgen“. Zudem konnten Mangelwaren, die man selbst nicht benötigte, wiederum als Tauschobjekt für andere begehrte Mangelwaren erhalten. Sah man irgendwo eine Schlange, stellte man sich an – und fragte erst dann, was es am Ende der Schlange wohl zu kaufen geben würde. Um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, hatten die Menschen stets ihre Stoffbeutel parat, um zufällig ergatterte Waren auch wegtragen zu können. Denn so unberechenbar und mangelhaft wie das Angebot in den Läden war, so fehlte es in den Läden ebenfalls an Einkaufstüten und -behältnissen, um die Einkäufe verpacken und wegtragen zu können. In den achtziger Jahren gab es selbst in den bevorzugt ausgestatteten Delikatläden für Salate keine Plast- oder Pappbecher, um diese abzufüllen. Tauschgeschäfte und ein „grauer Markt“, auf dem für Westmark alles zu haben war, verschärften die ohnehin an-

gespannte Lage, denn die dort angebotenen Produkte waren zuvor dem offiziellen Angebot entzogen worden. Wenngleich es in der DDR seit der unmittelbaren Nachkriegszeit keinen tatsächlichen „schwarzen“ Markt mehr gab, kultivierte die beständige Mangelsituation inoffizielle Tausch- und Handelswege. Auch im Alltag dringend benötigte Dienstleistungen wie Wäschereien, Schuhmacherleistungen oder Reparaturleistungen auf jedem nur denkbaren Gebiet waren oft nur nach wochen- oder monatelangen Wartezeiten zu erhalten. Die oft viele Jahre teilweise Jahrzehnte betragenden Wartezeiten für Wohnungen, Autos oder Telefon gehörten ebenso zum Alltag der Menschen wie das unfreundliche Personal in Kaufhallen und Gaststätten. Monika Maron prägte den Begriff von der „Diktatur der Kellner und Verkäuferinnen“. Diese waren in einer zwiespältigen Situation: Zum einen bekamen sie den Ärger der Kunden, die nicht das kaufen konnten, was sie wollten, als erste und unmittelbar ab. Zum anderen waren sie in einer privilegierten Situation, da sie über die Verteilung der Mangelwaren, wenn es sie mal gab, entscheiden konnten und sich darüber wiederum andere Vorteile verschaffen konnten.

Trotz aller täglich sichtbaren Probleme wurde die Partei nicht müde, den Bürgern immer wieder ein besseres Leben zu versprechen. „So wie wir heute leben, werden wir morgen leben“ hieß es da. Und zu dem sollte eine gesicherte Versorgung mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern ebenso gehören wie eine Vielfalt im Angebot, unter dem jeder nach seinem Gefallen wählen können sollte. Die Parteiführung hatte bereits zu einem frühen Zeitpunkt erkannt, dass die Loyalität der Bevölkerung nicht unwesentlich davon abhängen würde, den Menschen auch im Alltag zu vermitteln, dass sie im „besseren Teil Deutschlands“ lebten. Aus ihren Alltagserfahrungen sollte die Bevölkerung ihr Vertrauen in die Richtigkeit der Politik von Partei und Regierung ziehen, und die „systemeigenen“ sozialistischen Vorzüge durch spürbare Verbesserungen auch in der Versorgung täglich erleben können. Probleme wurden als vorübergehende Begleiterscheinungen der Aufbauphase, das Versagen Einzelner oder aber –

20. Januar 2009

www.kas.de

www.kas.de/dresden

bis zum Mauerbau 1961 - Sabotageakten von Schiebern und Spekulanten zugeschrieben, die direkt mit dem Klassenfeind zusammenarbeiteten, um das Aufbauwerk in der DDR zu stören.

Die zu Parteitagungen oder vor Wahlen herausgegebenen Losungen zeigen deutlich, welche politische Sprengkraft Fragen des Lebensstandards und der Versorgung zuge-messen wurde. Spätestens mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war der SED-Führung deutlich vor Augen geführt worden, dass den Versorgungsproblemen eine „systemsprengende Kraft“ innewohnte, wenn sie sich mit einer grundlegenden Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen paarte. Obwohl der SED-Führung Dank der aus allen Instanzen eintreffenden Berichte die Brisanz der ungelösten Versorgungsprobleme bewusst war, gelang es ihr zu keinem Zeitpunkt einen wirksamen Weg aus der Alltagsmisere zu finden. Haupthindernis war die zentral gelenkte Planwirtschaft, die nach sowjetischem Vorbild in der DDR aufgebaut worden war. Ihr waren in verschiedenen Enteignungs- und Kollektivierungswellen fast alle klein- und mittelständischen Betriebe und Handwerksläden zum Opfer gefallen.

Obwohl die oben beschriebene Einkaufs- und Versorgungssituation für die meisten DDR-Bürger zum täglichen Leben im realen Sozialismus gehörte, wurde sie keineswegs als „normal“ hingenommen. Zum einen hatten die Älteren noch Erinnerungen an Einkaufen und Handel aus der Vorkriegszeit und verglichen ihre Erfahrungen damit. Zum anderen bot die Entwicklung im Westen Deutschlands schon bald nach Kriegsende eine weitere und zumal bessere Vergleichsfolie. Da Kritik an den Lebensumständen in der DDR und der Verweis auf die im Westen verblickten Lebens- und Konsummöglichkeiten nicht verstummen wollte, versuchte die SED-Führung ab Ende der sechziger Jahre Probleme des Lebensstandards und der Versorgung zu tabuisieren. So rügte der Minister für Handel und Versorgung 1969 bspw. die „liberalen Beiträge“ des Instituts für Marktforschung, die dem „Klassengegner in der BRD“ wichtige und sensible Informationen über die Versorgung in der DDR in die

Hände spielen würde. Selbst die Satirezeitschrift „Eulenspiegel“, die sich immer wieder grotesker Fallbeispiele aus dem sozialistischen Alltag annahm, musste sich wegen ihrer kritischen Berichte zur Versorgungslage tadeln lassen. Dennoch blieb das „Meckern“ über die Beschwerden des täglichen Lebens und die Versorgungssituation die einzige Möglichkeit, auch öffentlich ungestraft Kritik am Leben in der DDR zu üben. Während offene oder verdeckte Kritik an den politischen Zuständen in der DDR immer mit der Gefahr verbunden war, verhaftet oder mit Repressionen belegt zu werden, bot der vermeintlich unpolitische Raum der Versorgung eine der wenigen Möglichkeiten, Kritik am System zu üben. Diese diente auch als Ventil für die angestaute Wut und Frustration.

Von der SED-Führung veranlasste Befragungen der Bevölkerung zeigten, dass einzelne Fortschritte durchaus gewürdigt wurden, jedoch meist hinter den Erwartungen der Menschen und auch den Versprechen der Parteiführung zurückblieben. Den Maßstab für diese Ansprüche bezog die Mehrheit der DDR-Bürger einerseits aus den öffentlich propagierten Zielen der Parteiführung und andererseits aus dem im Westen Deutschlands vermuteten Lebensniveau. Ende der fünfziger Jahre hatte die SED-Führung ganz offiziell den Systemwettbewerb an der Konsumfront mit der Bundesrepublik ausgerufen, den man selbstverständlich zu gewinnen trachtete. Bis 1961 sollte die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Grundnahrungsmitteln, vor allem Fleisch und Butter, sowie bei der Ausstattung an ausgewählten Haushaltgegenständen wie Kühlschränken, Waschmaschinen und Fernsehgeräten übertroffen werden. „Überholen und einholen“ hieß der dazugehörige Slogan, der später in „Überholen ohne einzuholen“ abgewandelt wurde. Mit dem „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ der werktätigen Bevölkerung versuchte die SED dem von Ludwig Erhard 1957 für die Bundesrepublik verkündeten „Wohlstand für alle“ und der propagierten „Konsumfreiheit“ eine ähnliche Konsumententwicklung entgegenzusetzen. Für diese vorgeblich sozialistische Utopie waren die Konsumbilder jedoch im Kapitalismus entliehen.

Während sich die Bürger bis zum 13. August 1961 durch gelegentliche Fahrten nach Westberlin noch selbst ein Bild vom Leben im Kapitalismus machen und mit ihrem eigenen Lebensstandard vergleichen konnten, war dies nach dem Mauerbau und der endgültigen Schließung der Grenzen nach Westen nur noch indirekt möglich: Westpakete und Westfernsehen waren die ersten Informationsquellen, gelegentliche Verwandtenbesuche aus dem Westen und für Rentner aus dem Osten die Besuche im Westen komplettierten die Informationsmöglichkeiten. Angesichts des in Westdeutschland sichtbaren Wohlstands kam die Partei- und Staatsführung zunehmend in Erklärungsnot, wieso im angeblich so menschenfeindlichen Kapitalismus das scheinbar mühelos gelang, was sich die selbst ernannte Vorhut der Arbeiterklasse als Ziel auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Während sich im Westen Deutschlands schon bald nach Kriegsende die Überzeugung verbreitet hatte, nicht nur politisch das bessere Los gezogen zu haben, halfen im Ostteil des Landes alle Propagandamaßnahmen nur wenig, um der Überzeugung, dass es sich im Westen besser lebte, entgegenzuwirken. Je mehr sich die Staats- und Parteiführung in der DDR noch in den fünfziger Jahren mühte, die große Wertschätzung von Waren aus dem Westen durch Kriminalisierung und Strafen einzudämmen, um so mehr verstärkte sich der Wunsch nach diesen Waren und ihr moralischer Wert. Die Disziplinierung der Bevölkerung zeigte mangels ausreichender attraktiver Waren aus eigener Produktion nicht die gewünschten Erfolge. Im Gegenteil: Mitte der fünfziger Jahre war bereits ein Zustand eingetreten, dass selbst solche Waren, die es inzwischen auch in der DDR in ausreichender Menge und ansprechender Qualität zu kaufen gab, einen geringeren moralischen Wert hatten und geringer geschätzt wurden als entsprechende Produkte westlicher Herkunft. Zur gleichen Zeit hatte sich im Westen längst das Bewusstsein durchgesetzt, den im doppelten Sinne „armen Verwandten im Osten“ weit überlegen zu sein: Die Verwandten aus dem Osten schildern ihre Nöte, bestimmte alltägliche Dinge kaufen zu können: mal gibt es keine Zwiebeln, dann wieder kein Fleisch, Toilettenpapier fehlt, der Kaffee schmeckt nicht und ist teu-

er, die Kleidung unmodern ... Die Verwandten im Westen sehen sich durch die geschilderten Widrigkeiten veranlasst, ein Paket an die „armen Verwandten“ zu schicken. Auf diese Weise bauten sich in beiden Teilen Deutschlands in den fünfziger Jahren langlebige Vorurteile und Missverständnisse über die Lebensverhältnisse und den Alltag im anderen Land auf. Während die einen den Klagen über fehlende Waren des täglichen Bedarfs ein Bild des Mangels und der Armut entnehmen, wundern sich die anderen, wenn sie den Paketen in den sechziger und siebziger Jahren immer noch Grundnahrungsmittel entnehmen, die es in der DDR inzwischen ausreichend zu kaufen gab.

1988, kurz vor Toresschluss, leitete ein von der SED in Auftrag gegebener "Sonderauftrag zur gegenwärtigen Versorgungssituation" seine verheerenden Feststellungen mit der Binsenweisheit ein, dass nur das verbraucht werden könne, was vorher produziert worden sei. Der Bericht verwies darauf, dass das produzierte Angebot seit langem nicht den Kaufwünschen der Bevölkerung entspreche, deren stetig wachsende freie Geldmengen weder über die teuren Waren in Delikat und Exquisit noch über andere Konsumgüter gebunden werden könnten. Die Intershop-Politik der Regierung fördere zudem die Geringschätzung einheimischer Waren, da die in den Intershop angebotenen Waren westlicher Produktion selbst bei einem unrealistisch hohen Umtauschwert zwischen D- und DDR-Mark von 1 : 8 bzw. 1 : 10 immer noch den gleichen Preis hätten wie die im DDR-Handel angebotenen - zumeist als minderwertig empfundenen - DDR-Waren. Hinzu komme, dass die Bevölkerung sich sowieso auf Waren aus dem Nichtsozialistischen Währungsgebiet (NSW) fixiert habe und ihnen einen größeren moralischen und materiellen Wert als entsprechenden DDR-Produktionen beimesse.

Obwohl Versorgungsprobleme das Leben in der DDR Zeit ihrer Existenz prägten und dominierten, scheinen diese in den Demonstrationen des Herbstes 1989 und den politischen Forderungen der an die Öffentlichkeit tretenden politischen Gruppierungen und Akteure zunächst keine sichtbare Rolle

gespielt zu haben. Auf den Transparenten vom Herbst 89 sucht man vergebens nach Forderungen, dass die Versorgung mit Obst und Gemüse besser werden solle oder die Menschen sich Bananen oder einen Farbfernseher wünschten. Vielmehr werden erstmals seit dem Juniaufstand des Jahres 1953 originär politische Forderungen nach freien Wahlen, freier Meinungsäußerung, Parteienvielfalt und Demokratie im Allgemeinen formuliert und selbstbewusst und öffentlich eingefordert. Lediglich auf den Transparenten, die gegen die Privilegien der SED-Führung gerichtet sind, lässt sich ein Bezug zu den im Alltag durch die Bürger erlebten Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten sehen. Erst in den späteren Demonstrationen und vor allem 1990 mehrten sich die Forderungen nach der D-Mark: „Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr“ oder „Für harte Arbeit hartes Geld“ wird da gefordert. Freiheit schien sich für viele DDR-Bürger, nachdem die als bedrückend empfundenen politischen Probleme gelöst und eine Rückkehr des alten Regimes nicht mehr möglich schienen, vor allem als Konsumfreiheit zu manifestieren. „Test the West“ lautete das Motto der Stunde.

Während es aus der Perspektive des seit Jahrzehnten in einem „unüberschaubaren Horizont von Waren“ und unbegrenzter Konsummöglichkeiten lebenden Westbürgers heraus leicht möglich war, über die vorgebliche materielle Fixiertheit der Ostdeutschen abschätzig und verständnislos den Kopf zu schütteln, fokussierte sich für viele Einwohner der DDR das Leben im realen Sozialismus der DDR auf eben diese demütigende und alle Kräfte bindende Mühsal, den Alltag zu meistern. Während für die Bewohner der alten Bundesrepublik der Hinweis auf das bedrückende und unbefriedigende Alltagsleben unter dem SED-Regime nicht als vollwertige Begründung für den Wunsch nach Ausbruch aus diesem System galt, sondern vielmehr als Ausdruck eines unterentwickelten politischen Bewusstseins interpretiert wurde, verband sich 1989 für viele Bürger der DDR damit die täglich spürbare Form von Bevormundung und Verfügung des Staates über die Lebenszeit und Lebensqualität des Einzelnen.

Als banalster Ausdruck der in alle Bereiche des Lebens hineinreichenden Macht des Staates versuchte dieser sogar vorzugeben, wer wann welche Sorte von Joghurt kaufen und konsumieren konnte und teilte darüber seine Bürger in zwei Klassen ein: diejenigen, die mit Westgeld diesem Allmachtsanspruch des SED-Staates zumindest partiell entfliehen konnten und die, denen das mangels dieses Geldes nicht gelang.

In der alten Bundesrepublik hingegen war auf der Höhe einer seit den sechziger Jahren stetig ausgebauten Wohlstandsgesellschaft jederzeit verfügbarer Konsum zum Inbegriff des „etwas-vom-Leben-haben“ geworden. Die offen zur Schau gestellte Orientierung am Materiellen galt hier inzwischen jedoch eher als Unterschichtenphänomen und wurde als Motivation für Unzufriedenheit mit dem politischen System nicht anerkannt. Für die Bürger der DDR war gerade dieser in jeder Hinsicht anstrengende und stetig neue Frustrationsergebnisse produzierende Alltag genau das Abbild des verrotteten politischen Systems, in dem sie zu leben gezwungen waren. Die zunehmend empfundene Unerträglichkeit und Perspektivlosigkeit des Lebens wurde durch die Kulisse der grauen und verfallenden Städte, die sichtbare Umweltzerstörung und riechbar hohe Luftverschmutzung zusätzlich verstärkt.

Die Erinnerung an den zermürbenden Alltag und seine Probleme, denen selbst die SED-Führung „systemsprengende Kraft“ zuerkannte, scheint mittlerweile einer starken Relativierung zu unterliegen. Schon kurze Zeit nachdem die Bürger der DDR durch ihr Kaufverhalten dazu beigetragen hatten, dass fast alle bisher bekannten und als „Ostprodukte“ identifizierbaren Waren flächendeckend aus den Läden verschwanden, setzte eine Renaissance der bis dato geschmähten Ostwaren ein. Diese waren nun nicht mehr hässlich und minderwertig, sondern strahlten den „Geschmack der Heimat“ aus; waren „eine von uns“ – also unverfälscht und echt. Ergänzt wird dies durch eine zum Kult gewordene Hinwendung zu allem, was man einst an der DDR gering schätzte: „Ostalgiepartys“ erfahren einen selbst für ehemalige Funktionsträger ver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DRESDEN

ANNA KAMINSKY

20. Januar 2009

www.kas.de

www.kas.de/dresden

blüffenden Zulauf. Eine Vielzahl von Produktrevivals, Wandkalendern, Quartettspielen und Postkartensets, die ihre Sujets aus der Waren- und Alltagswelt der DDR schöpfen und mit dem Slogan „Der Geschmack der Heimat“, für sich werben, behaupten sich erfolgreich am Markt. Da fährt "Sandmännchen im Trabiland", erstehen Vita Cola und Saure Drops auf Etikettenquartetten wieder und wecken mittlerweile nur noch nostalgische Erinnerungen an die vergangene Einkaufswelt. Im Gegensatz dazu wurden die Produkte westlicher Machart als beliebig und trotz bunter Verpackung ununterscheidbar wahrgenommen. Während man für sich selbst in Anspruch nahm, mehr zu sein als zu scheinen, wurde den Westdeutschen und ihren Waren nunmehr genau das Gegenteil unterstellt.

Verbunden mit einer nach 1990 erlebten Orientierungs- und Identitätslosigkeit, scheint das einstige Erregungspotential eines aus frustrierenden Einkaufserlebnissen bestehenden Alltags in seiner Mühseligkeit nicht mehr vorstell- und erinnerbar. An seine Stelle ist für viele Bürger der einstigen DDR eine andere Frustration getreten.

Für diese Rückwendung zur DDR wird neben den enttäuschten Erwartungen an das Leben im vereinten Deutschland auch die verbreitete Verständnislosigkeit vieler Westdeutscher dem alltäglichen Leben in der DDR gegenüber als Argument ins Feld geführt. Viele Ostdeutsche verbinden ihre Erfahrungen nach der ersten Euphorie des Mauerfalls einerseits mit einem auffälligen Desinteresse und andererseits zahlreichen Vorurteilen dem Alltagsleben der DDR-Bürger gegenüber.